

Revolution und Arbeiterbewegung 1918-1920

Wissenschaftliche Tagung des Instituts für soziale Bewegungen (Bochum)
in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Heinrich-Kaufmann-Stiftung
Bochum, 29. bis 31. Januar 2009

Die deutsche Revolution avancierte in den 1960er und 70er Jahren zu einem bedeutenden Untersuchungsgegenstand zeithistorischer Forschungen. Arbeiten, die von der im Aufschwung begriffenen Sozialgeschichte und dem Programm der Historischen Sozialwissenschaft inspiriert waren, zeichneten ein, dem seinerzeitigen Diskussionsstand entsprechendes, farbiges Bild von der politischen Geschichte der Revolution und betteten den Ereigniskomplex in die gesellschaftsgeschichtlichen Kontextbedingungen ein. Im Vergleich dazu wurde der Revolution seit den 1980er Jahren nur noch ein mäßiges Interesse entgegengebracht. Vor dem Hintergrund dieser Beobachtung strebte die vom Institut für soziale Bewegungen (Ruhr-Universität Bochum) in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Heinrich-Kaufmann-Stiftung durchgeführte Tagung an, die deutsche Revolution, die gemeinhin als eine der „wichtigsten Weichenstellungen der jüngeren deutschen Geschichte“ betrachtet wird [1], wieder auf die historiographische Forschungsagenda zu bringen [2].

Wie *Klaus Tenfelde* in seiner Einführung nahelegte, würden zum einen außerwissenschaftliche Gründe, wie die politischen Veränderungen im Kontext der deutschen Vereinigung, zum anderen die Pluralisierung der geschichtswissenschaftlichen Forschungsperspektiven seit den 1980er Jahren zur Wiederentdeckung der aus der Arbeiterbewegung kommenden Impulse zur Demokratisierung Deutschlands in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts herausfordern. Ziele der Tagung waren daher, erstens, gängige Deutungen der Revolution kritisch zu prüfen und zu einer Neubewertung der deutschen Revolution zu gelangen und, zweitens, der Forschung mit Blick auf das Ruhrgebiet mehr regionalhistorische Tiefenschärfe zu verleihen. Die Industrieregion könne, so lautete eine Hypothese, als ein „Brennpunkt“ des Ereigniskomplexes in der Transitionsphase zwischen Kaiserreich und Republik gelten, die den Zeitraum zwischen November 1918 und März 1920 umfasse.

Schon zu Beginn der Tagung wurde deutlich, dass die Fragen zum Stellenwert der Revolution in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts bis heute keineswegs an Brisanz verloren haben. Die eingangs formulierte These von *Wolfgang Jäger* (Hans-Böckler-Stiftung), wonach das Ende der ersten deutschen Republik die Revolution weitgehend verschattete und trotz bedeutsamer Weichenstellungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft insgesamt der Eindruck des „Scheiterns“ überwiege, lud dazu ein, im Lichte der vorgebrachten Befunde langfristige Wirkungen der Revolution und aus dem Geschehen abgeleitete Lernprozesse zu reflektieren. Konzeptionell war die Tagung als multiperspektivische Gesamtschau angelegt und gliederte sich in drei Sektionen zu den Problemfeldern (1) „Revolution und Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet“, (2) „Deutungen“ und (3) „Wahrnehmungen“, wobei sich letztgenannte Sektion noch einmal aufgliederte in die Themen „Spiegelungen“ und „Nachhall“. Insofern die Tagung auch kulturhistorischen und transnationalen Perspektiven Raum gab und den Themenkomplex Revolution theoretisch-methodisch in ein vielschichtiges Bündel regional situierter Ereignisse, zeitgenössischer Deutungsmuster und Wahrnehmungsweisen, transnationaler Wirkungsketten, und retrospektiven Zuschreibungen ausdifferenzierte, bot sie in besonderem Maße die Chance, die analytischen Erkenntnispotentiale neuerer geschichtswissenschaftlicher Fragestellungen und Zugriffsweisen auszuloten.

Nach der Begrüßung durch *Wolfgang Jäger* wurde die Tagung eingeleitet mit einem Vortrag von *Walther Müller-Jentsch* (Düsseldorf/Bochum) zum Thema „Gewerkschaften und Korporatismus in Deutschland seit der Revolution 1918-1920“. Ausgehend vom Stinnes-Legien-Abkommen vom Oktober 1918 entfaltete der Referent gewissermaßen ein Panorama des Korporatismus in der deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, wobei der Schwerpunkt seines Überblicks auf Reichweiten und Erfolgen der gewerkschaftlichen Interessenpolitik im Modus der Interessenkonzertierung durch Elitenkonsens lag. Begrifflich unterschied Müller-Jentsch zwischen den beiden Formen Neokorporatismus und Verbändekorporatismus und klassifizierte das Abkommen als einen, der zweitgenannten Variante zugehörenden, bilateralen, verbandsautonomen Elitenkonsens, dessen Regelungen gleichwohl staatlich sanktioniert wurden. Nach jahrzehntelangen Kämpfen im Zeichen des Klassenantagonismus bedeutete die Begründung der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ (ZAG) für die Gewerkschaften die Anerkennung als legitimer Interessenvertreter im Rahmen von Tarifbeziehungen durch die schwerindustriellen Arbeitgeber. Müller-Jentsch erkennt im Ruhrgebiet ein „sozialpolitisches Laboratorium eines spezifischen Korporatismus“. Die allmähliche Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau des Kaiserreichs, das Stinnes-Legien-Abkommen und schließlich die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie von 1951 hätten den Weg zum Konsensmodell der deutschen industriellen Beziehungen mit den Elementen Tarifautonomie und Betriebsverfassung als Arenen der Interessensvermittlung jenseits des Klassenkampfes geebnet, das der Referent als „Konfliktpartnerschaft“ versteht.

Die erste Sektion beschäftigte sich unter der Leitung von *Dirk Schuman* (Göttingen) mit den Revolutionsereignissen im Ruhrgebiet. *Willy Buschak* (Bonn/Bochum) analysierte zunächst die organisationspolitischen Konstellationen im Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) während der Revolution und machte insbesondere in der Metallarbeiterschaft des Ruhrgebiets eine große Interessenheterogenität aus. Diese resultierte, so Buschak, nicht nur aus nachkriegsbedingten Umschichtungen in den Betriebsbelegschaften, sondern auch aus den Wahrnehmungen wechselseitiger Entfremdung auf Seiten der gewerkschaftlicher Massenbasis und der Verbandsführung. Die Mitgliederbasis sei vor allem mit ihrer Forderung nach einer würdevollen Behandlung im Betrieb hervorgetreten, begleitet von dem Streben nach Versammlungsfreiheit und verbesserten Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Im Anschluss skizzierte *Jürgen Mittag* (Bochum) in seinem Beitrag die Sozialisierungsdebatte der Jahre 1918/19, wobei er der Frage nachging, weshalb der Ruhrkohlenbergbau während dieses Zeitraums nicht in öffentliches Eigentum überführt wurde, wo doch das Sozialisierungsprojekt innerhalb der Arbeiterbewegung auf eine lange ideengeschichtliche Tradition blicken konnte und die Erwartungen der Zeitgenossen entsprechend hoch waren. Mit Blick auf die Positionen der handelnden Akteure müsse der Stellenwert der Sozialisierung jedoch relativiert werden. In der Arbeiterschaft habe Sozialisierung eher als Chiffre für verbesserte Lohn- und Arbeitsbedingungen fungiert. Auf der anderen Seite habe die MSPD-Führung der Sicherung der sozialpolitischen Errungenschaften vom Herbst 1918 Priorität eingeräumt, und den radikalen Umbau der Wirtschaft nicht als vorrangiges Ziel angesehen. Bei den Sozialdemokraten offenbare sich in der Sozialisierungsfrage im Ganzen eine diffizile Spannung zwischen verbaler Radikalität und pragmatischem Handeln, die mit ursächlich für die Radikalisierung der Ruhrbergleute und die tiefen Brüche in der Arbeiterbewegung gewesen sei.

In seinem Kommentar zu den beiden Vorträgen argumentierte *Knud Andresen* (Hamburg), dass die krisenhaften Zuspitzungen während der Revolution erstens wichtige Stationen auf dem Wege der Verrechtlichung – nicht nur, aber vor allem auf dem Feld der Arbeitsbeziehungen – gewesen seien. Zweitens würden sie die Auseinandersetzungen um den institutionellen Ort der Arbeiterbewegung im neuen Staat widerspiegeln. Es sei im Rahmen mentalitätsgeschichtlicher Analyse zu prüfen, inwiefern die Sozialisierungsforderungen als utopisches Element innerhalb der Arbeiterbewegung auf die „Massen“ ausgestrahlt haben.

Anschließend beschäftigte sich *Jürgen Jenko* (Bochum) mit den Konjunkturen des Anarcho-Syndikalismus im Ruhrgebiet zwischen 1918 und 1922. Ausgehend von Hamborner Streikaktionen im Dezember 1918 entwickelte sich der Syndikalismus rasch zu einer breiten sozialen Protestbewegung und erreichte mit den Massenstreiks im Frühjahr 1919 und dem Ruhrkampf 1920 phasenhaft verschobene Kulminationspunkte, denen dann eine Phase der Zerrüttung und Aufsplitterung folgte. Die Bewegung, die in der Bergarbeiterschaft ihren größten Rückhalt gehabt habe, setzte auf „direkte Aktion“ und stritt für die Überwindung des Kapitalismus und die Implantierung einer Arbeiterselbstverwaltung in den zu vergesellschaftenden Betrieben. Ihre Antriebskraft bildete die sich stetig vertiefende Unzufriedenheit zahlreicher Arbeiter gegenüber der Politik von Freien Gewerkschaften und SPD. Bis Mitte der 1920er Jahre zerfiel die syndikalistische Bewegung jedoch in Folge exogener Wirkungszusammenhänge, wie brüchig gewordener proletarischer Milieuzusammenhänge, und der Abspaltung parteikommunistisch orientierter Kräfte wie auch des fortschreitenden Vertrauensverlustes der Arbeiterorganisationen bis Mitte der 1920er Jahre.

Es folgte der Beitrag von *Nadine Kruppa* (Bochum), der die Rolle der Frauen in der Revolution thematisierte. Die Referentin unterstrich, dass die Revolution den Frauen zwar erweiterte politische Teilhabespielräume eröffnete, die gesellschaftliche Stellung der Frau darüber hinaus aber im weitesten Sinne von traditionellen Geschlechterrollen bestimmt blieb. Nach der eindringlichen Schilderung individueller Erfahrungen von Frauen, die in verschiedenen Funktionen aktiv in die Kampfhandlungen zwischen Novemberumsturz und Ruhrkampf eingriffen, analysierte sie das Wahlverhalten der Geschlechter bei der Wahl zur Nationalversammlung. Dass die Frauen mehrheitlich für die konservativen Parteien votierten, müsste der SPD, die sich vehement für das Frauenstimmrecht eingesetzt hatte, wie ein Schlag ins Gesicht vorgekommen sein. Die abschließende These, die Demobilmachung weiblicher Kriegsarbeit habe bei den Betroffenen Protest hervorgerufen, befruchtete die nachfolgende Diskussion. Im nachfolgenden Kommentar regte Andresen hinsichtlich der Analyse des Anarcho-Syndikalismus an, doch den Gründen nachzugehen, weshalb der Einfluss der syndikalistischen Bewegung kaum über die Hochburgen derselben hinausreichte. Zum zweiten sollten Prozesse der Entradikalisierung schärfer in den Blick genommen werden. Die Untersuchung der Rolle der Frauen in der Revolution wiederum könne von der Hinzuziehung gendertheoretischer Überlegungen profitieren.

Schließlich unternahm *Rudolf Tschirbs* (Bochum) eine Neubewertung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1920 sowie der darauf bezogenen Interessenspolitik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Das Gesetz sei weniger als Rückschlag gegenüber den hochfliegenden Zielen der Rätebewegung zu deuten, das von einem traditionsorientierten, organisationsfixierten Funktionärsapparat in den Gewerkschaften betrieben worden sei. Vielmehr könnten in den Strategien der Gewerkschaftsführung Tendenzen industriegesellschaftlicher Modernität erkannt werden. Mit seinen ausdifferenzierten Regelungen habe das von der Gewerkschaftsführung befürwortete Betriebsrätegesetz Strukturen des dualen Systems der verrechtlichten Arbeitsbeziehungen mit den Elementen Tarifautonomie und betrieblicher Interessenvertretung festgeschrieben und auf ein Komplementärverhältnis zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten abgezielt.

Unter der Leitung von *Dick Geary* (Nottingham) ging die zweite Sektion der Frage nach, wie sich Unternehmer, Protestanten und Historiker gegenüber der Revolution positionierten [3]. Durch die Sichtung von Deutungsmustern in der protestantischen Theologie und der Geschichtswissenschaft gerieten damit zwei Wissenskulturen in den Fokus, deren Träger in besonderem Maße Deutungskompetenz in öffentlichen Debatten der Weimarer Republik beanspruchten. Zunächst problematisierte *Kim Christian Priemel* (Frankfurt/O.) die Rolle der Unternehmerschaft in der Revolution. Er kam zu dem Ergebnis, dass die Revolution weite Teile der Unternehmerschaft in ökonomischer Hinsicht bestenfalls geringfügig tangiert habe. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen sei vom ZAG-Abkommen nicht einmal betroffen gewesen. Stattdessen hätten anderweitige Fragen im Vordergrund gestanden, wie etwa die Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft, die Herausforderungen der globalen wirtschaftlichen Desintegration nach 1918 und die

Folgewirkungen unterbliebener Investitionen. Priemel plädierte nachdrücklich für eine multiperspektivische Herangehensweise, um die Vielschichtigkeit und den Wandel, die das Handeln der Unternehmer zwischen Kaiserreich und Republik geprägt hätten, angemessen erfassen zu können. Allzu häufig werde dieses noch unter dem homogenisierenden Label einer „taktischen Meisterleistung“ gehandelt – insofern, als die Unternehmer durch sozialpolitische Zugeständnisse an die organisierte Arbeiterschaft im Rahmen der ZAG der dräuenden Sozialisierung vorgebeugt hätten. So werde die Vielfalt der Handlungsstrategien bereits im Lichte unterschiedlicher Unternehmerpersönlichkeiten deutlich: Die Reaktionen auf Revolution und Republikgründung changierten zwischen resignativen Bekundungen (August Thyssen) und der pragmatischen Anpassung an die neue Zeit (Hugo Stinnes). Auch der vergleichende Blick auf bürgerlich-industrielle Städte zeige große Differenzen im Auftreten der Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft, zumal erstgenannte im Zeichen der Systemstabilisierung von der weitgehenden Kompromissbereitschaft aus dem Herbst 1918 abgerückt seien.

Günter Brakelmann (Bochum) leuchtete das Verhältnis von Revolution und Religion am Beispiel des kirchlichen Protestantismus aus. Die große Mehrheit der protestantischen Theologen sei während des Ersten Weltkriegs als Trägergruppe eines radikalen Kriegsnationalismus in Erscheinung getreten, die die Kriegspolitik des Reiches aus einer nationalreligiösen Argumentation heraus theologisch untermauert habe. Die Revolution wurde daher überwiegend als Katastrophe ungeahnten Ausmaßes aufgefasst, die die hegemonialen Denkmuster heftig erschütterte. Für die Kriegsniederlage wurde das deutsche Volk verantwortlich gemacht, das sich von Gott abgewandt habe: Die Dolchstoßlegende, so Brakelmann, sei nicht zuletzt von den Kanzeln verbreitet worden. Doch die Revolution wurde nicht nur mental als Krise erfahren, der Protestantismus sah sich auch Angriffen auf seine rechtliche Ordnung ausgesetzt. Gegen den kirchenpolitischen SPD/USPD-Leitgedanken der Trennung von Staat und Kirche entfachte der Protestantismus jedoch eine breitenwirksame Protestbewegung, so dass die Weimarer Reichsverfassung der Kirche schließlich massive Sonderrechte einräumte. Nach dem Zusammenbruch der monarchischen Ordnung und der Revolution 1918-1920 war gerade die zeitgenössische Geschichtswissenschaft herausgefordert, Deutungen für die jüngsten Ereignisse und die deutsche Vergangenheit zu finden.

Bernd Faulenbach (Bochum) argumentierte, dass die Revolution einen tiefen Einschnitt im Selbstverständnis der Historiker markiert habe – bildete der von Bismarck begründete preußisch-deutsche Nationalstaat doch seit dem späten 19. Jahrhundert den maßgeblichen Bezugspunkt der deutschen Geschichtsschreibung. Aus der Orientierung an Staat und Nation und der Tradition des Historismus heraus resultiere sodann die starke Betonung spezifisch deutscher Kontinuitäten zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Politisch habe der Mainstream der Historiker weiterhin für einen deutschnationalen Kurs eingestanden und bisweilen diffamierende Kritik an der Sozialdemokratie geübt, nur eine Minderheit habe sich auf Seiten der parlamentarischen Demokratie eingefunden. Erste Forschungsaktivitäten seien zum einen auf Fragen nach der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges gerichtet gewesen, zum anderen auf die Ursachen für den Zusammenbruch der Monarchie. In diesem Kontext sei, wie auch im Protestantismus geschehen, in vielerlei Spielarten die Dolchstoßlegende verbreitet worden. Die Revolution könne aber auch als „Motor“ für Forschungsbemühungen zum Themenkomplex Revolution generell betrachtet werden, wobei primär die französische und die 1848er-Revolution in den Fokus geraten seien. Wo eine erste Historisierung der jüngsten Ereignisse stattfand, seien sie als Bruch in der deutschen Staatstradition und als Ergebnis westeuropäischen Einflusses interpretiert worden.

Die anschließende Diskussion leitete *Karl Christian Führer* (Hamburg) mit seinem Kommentar ein. Im Hinblick auf die Unternehmerschaft fragte er, ob, bei aller notwendigen Differenzierung, nicht doch eine gemeinsame Grundhaltung auszumachen sei, und wie diese auf den Punkt gebracht werden könne. Priemel entgegnete im weiteren Verlauf, dass die Sicht auf die Unternehmer während der Revolution stark vom

Arbeitgeber-Begriff geprägt sei, womit aber Interessensdivergenzen, etwa zwischen Großunternehmern und Mittelständlern, oder Unterschiede in der Kooperationsbereitschaft gegenüber Arbeitern übertüncht würden. In Bezug auf den Protestantismus während des Ersten Weltkriegs war für Führer von Interesse, ob der Diskrepanz zwischen vorhandenen liberalen Kräften einerseits und den Vertretern des Kriegsnationalismus andererseits eine religiöse Dimension inhärent gewesen sei, woraufhin Brakelmann die ideellen Traditionsbezüge der Kriegstheologie vorstellte, die durch den Rekurs auf alttestamentarische Überlieferungen oder die Konstruktion einer direkten Linie von Luther über Bismarck zu Wilhelm II. durchscheine. Dahingegen hätten sich die liberalen Theologen von der dogmatischen Richtung im Protestantismus abgewandt und etwa auf Traditionen der 1848er-Revolution berufen. Von Bernd Faulenbach wollte der Kommentator wissen, welcher medialer Foren sich die Historiker bedienten, wenn sie sich historisch-politisch äußerten, und ob Differenzen zwischen privat und beruflich-öffentlich geäußelter Meinung feststellbar seien. Faulenbach betonte, die Historiker hätten ihre Meinung in einer Fülle an Denkschriften, Briefen, Zeitungen, nicht zuletzt im Feuilleton der Berliner Presse kundgetan, wobei die medialen Foren im Grunde austauschbar seien.

Der erste Teil der dritten Sektion „Wahrnehmungen“, die von *Wolfgang Jäger* geleitet wurde, durchbrach die nationale zugunsten einer transnationalen Perspektive. Untersucht wurden Wahrnehmungen der Revolution durch die Arbeiterbewegungen in Frankreich und Japan. Im Hinblick auf die französischen Sozialisten vertrat *Joachim Schröder* (Düsseldorf) die These, dass die Politik der SPD nach dem Novemberumsturz als Katalysator der Linksentwicklung der „Section française de l'Internationale Ouvrière“ (SFIO) nach dem Ersten Weltkrieg fungiert habe. Der Untergang des Kaiserreiches und die Übernahme der Regierungsverantwortung durch SPD und USPD sei in der SFIO zunächst mit euphorischen Reaktionen aufgenommen worden, da nunmehr scheinbar auch „die letzte Bastion“ des Militarismus gefallen war und die deutsche Arbeiterbewegung bewiesen habe, dass auch sie zu einem revolutionärem Umsturz in der Lage sei. Da die französischen Sozialisten drängende programmatische Weichenstellungen vorzunehmen hatten, sei Deutschland gewissermaßen als Laboratorium der Revolution betrachtet worden. Dabei rief insbesondere die scheinbare Einheit der Arbeiterparteien enorme Erwartungen hervor. Aber mit der Vertiefung der Gegensätze zwischen Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängigen seit Dezember 1918 sei die anfängliche Begeisterung zusehends einer breiten Skepsis gewichen und schließlich mit der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vollends in Verbitterung umgeschlagen. Es setzte sich die Auffassung durch, dass die MSPD der Konterrevolution Vorschub leiste und allein die USPD das „neue Deutschland“ repräsentiere, was zur Annäherung zwischen SFIO und USPD auf internationaler Ebene beigetragen habe.

Daraufhin ging *Jan P. Schmidt* (Bochum) in seinem ausschließlich aus Quellen gearbeiteten Vortrag der Frage nach, wie Akteure der japanischen Arbeiterbewegung die deutsche Revolution wahrgenommen haben. Eben diese habe zunächst ganz im Schatten der russischen Revolution gestanden, die allein schon der regionalen Nähe wegen von den einschlägigen publizistischen Beiträgen stärker beachtet worden sei. Vor dem Hintergrund der allmählichen Institutionalisierung der Arbeiterbewegung in Japan hätten die intellektuellen Wahrnehmungsprozesse zur Entstehung eines dezidiert revolutionären Potentials beigetragen. In ihre Kommentare hätten die sozialistischen Intellektuellen innenpolitische Reformforderungen eingeflochten, die insofern virulent waren, als der organisierte Sozialismus in Japan zu dieser Zeit noch heftigen Repressionen ausgesetzt gewesen sei. Dass die Funktionäre der japanischen Arbeiterorganisationen alsbald auch aus der Arbeiterklasse selbst kamen, sei, so Schmidt, als späte Folgewirkung der deutschen Revolution anzusehen.

In seinem anschließenden Kommentar wies *Marcel van der Linden* (Amsterdam) auf die Erkenntnischancen transnationaler und globaler Perspektiven in der Arbeiterbewegungs- und Revolutionsforschung hin. Die Suche nach weltumspannenden Verbindungen und Kontakten fördere etwa zutage, dass sich zwischen 1918 und 1920 eine globale Protestwelle Bahn brach. Nicht nur Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien seien von Protestbewegungen aufgerüttelt worden, sondern auch der Senegal, Südafrika und Indien. Van der

Linden wies darauf hin, dass ein derartiges Forschungsprogramm zwangsläufig den kontrastiven Vergleich und die Analyse von Wechselwirkungen erfordere. Er subsumierte seine kommentierenden Überlegungen unter die drei Stichworte Geographie, Soziologie und Parteienzusammenarbeit. Die Nachbarschaftsverhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland einerseits sowie zwischen Ostasien und Russland andererseits würden erstens die Frage hervorrufen, warum die deutsche Entwicklung in bestimmten Ländern stärker wahrgenommen wurde als in anderen. Zweitens sollten die Untersuchungen stärker Aspekte der sozialen und regionalen Differenzierung berücksichtigen. Drittens seien weitere Wissenslücken im Bereich der transnationalen Zusammenarbeit zwischen den Parteien des gesamten linken Spektrums zu schließen. Auf die analytischen Potentiale transnationaler Ansätze hob auch *Klaus Tenfelde* ab. Er betonte, dass eine transnationale Geschichtsforschung sozial- und wirtschaftshistorisch und nicht zuletzt medienhistorisch informiert sein müsse, um so wirtschaftlich motivierte Protestbewegungen und die Verdichtung globaler Kommunikationsprozesse angemessen berücksichtigen zu können.

Der zweite Teil der Sektion „Wahrnehmungen“ befasste sich mit Aspekten der Erinnerungs- und Erfahrungsgeschichte der Revolution. *Klaus Wisotzky* (Essen) kontrastierte in seinem Beitrag die Biographien zweier tragender Akteure der Revolution in Essen. Dort kreuzten sich 1918/19 die Lebenswege des unabhängigen Sozialisten Fritz Baade (1893-1974), Vorsitzender des Essener Arbeiter-und-Soldaten-Rates, und des Zeitungsverlegers Theodor Reismann-Grone (1863-1949), der als fanatischer Vertreter eines völkischen Nationalismus im Kaiserreich den Alldeutschen Verband mitbegründet hatte. Der Analyse der Lebenswege kam gleichsam die Funktion einer Sonde zu, insofern sie Auskünfte über etwaige erfahrungsgeschichtliche Prägewirkungen der Revolution liefern sollte. In der Vita Baades kam der Revolution eine nachhaltige Wirkung zu, sie markierte den Beginn des politischen Engagements. Ausgehend vom Essener Erfahrungsschatz gelang Baade als Politiker und Wissenschaftler ein beeindruckender beruflicher Aufstieg, der ihn – über das Studium der Nationalökonomie mit anschließender Promotion und das türkische Exil während des Nationalsozialismus – bis in den Bundestag und an die Spitze des renommierten Instituts für Weltwirtschaft in Kiel führte. Dahingegen sei der weitere Lebensweg von Reismann-Grone so gut wie gar nicht von den durch die Revolution vermittelten Erfahrungen bestimmt gewesen. In der Biographie des Herausgebers der deutschnationalen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, die 1919 kurzzeitig von Spartakisten besetzt worden war, scheinen vielmehr bedeutsame mentale Kontinuitäten auf, deren hervorstechende Kennzeichen der Radikalnationalismus und Antisemitismus waren. Die Revolution figurierte bei Reismann-Grone folgerichtig als Werk „jüdischer Sowjets“. Nachdem er bereits in den 1920er Jahren in die NSDAP eingetreten war, konnte er in den 1930ern sogar zum Essener Oberbürgermeister aufsteigen. Dies habe ihn dennoch nicht vor Resignation bewahren können.

Im anschließenden Beitrag befasste sich *Klaus Tenfelde* (Bochum) mit der öffentlichen Erinnerung an die Revolution im Ruhrgebiet anhand von Denkmälern zum Bürgerkrieg 1920. Er vertrat die These, dass die Erinnerung an dramatische Ereignisse und Entwicklungen aus der nachfolgenden Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus – etwa die Ruhrbesetzung 1923, der Holocaust oder Bombenkrieg – die Erinnerung an die Revolution weitgehend überdecke. Dort wo sich Spuren der Erinnerung finden lassen, würden diese eine tiefe Spaltung der memorialen Praxis in der Region widerspiegeln, die parallel zur Frontlinie des Bürgerkriegs verlaufe. Selbst die von Arbeitern errichteten Erinnerungsorte seien in den 1920er Jahren von den Kommunisten noch im Kontext des sozialistischen Bruderkampfes funktionalisiert worden. Das Gedenken an die Opfer auf Seiten der Freikorps- und Reichwehrtruppen verdichtete sich ab 1933 unter den Auspizien nationalsozialistischen Heldengedenkens, wobei der legitimationsstiftende Kampf gegen die „Rote Ruhrarmee“ beschworen wurde. Auch nach 1945 sei es nicht zu einer gemeinsamen regionalen Erinnerungs-„kultur“ gekommen. Die Gewalterfahrungen aus dem mit aller Grausamkeit geführten Bürgerkrieg hätten es laut Tenfelde „bis heute verhindert, zu angemessenen Formen der Erinnerung an den Ruhrkampf“ zu gelangen. Schließlich behandelte *Gertrude Cepl-Kaufmann* (Düsseldorf) die literarische

Verarbeitung des Erfahrungskomplexes Revolution. Linke Romanautoren hätten den „Ruhrkampf“ in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zum literarischen Sujet erhoben, wodurch die Neuschreibung des Ruhrgebiets als literarische Landschaft gelungen sei, die es in dieser Form vorher nicht gegeben habe. In Romanen mit solch kampfbetonten Titeln wie „Barrikaden an der Ruhr“ oder „Brennende Ruhr“ fänden sich literarische Repräsentationen eines ruhrgebietsspezifischen, proletarischen und aufgeklärten Menschentypus, dem erstmals literarisches Gehör verschafft werde, wodurch ein nicht ganz unerheblicher Beitrag zur Identitätsbildung der Region erbracht worden sei.

Den abschließenden Kommentar formulierte *Dagmar Kift* (Dortmund). Sie wies darauf hin, dass eine intensivere Einbeziehung des Erfahrungsbegriffs ertragreiche Forschungsergebnisse erwarten lasse. Insbesondere die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden, nach Kontinuitäten und Veränderungen in den mentalen Einstellungsdispositionen der historischen Akteure im Ruhrgebiet des 20. Jahrhunderts, wie sie *Tenfeldes* Beitrag im Kontext der Gewalterfahrungen aufgeworfen habe, verdiene weitergehende Beachtung – gleich ob die Erfahrung von Gewalt, die Wahrnehmung von Geschlechterdifferenzen, die Ausbildung zivilgesellschaftlicher Einstellungen oder der Umgang mit Opfern von Gewalt und Krieg in den Fokus genommen werde.

Der Kommentar und die abschließende Diskussion fassten im Rückgriff auf die eingangs formulierten Fragestellungen zentrale Ergebnisse der Tagung zusammen. Erstens ist die Rolle der Arbeiterbewegung als eine zentrale Triebkraft der Demokratisierung Deutschlands in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unterstrichen worden. Zweitens muss die These von der „gescheiterten Revolution“ etwa angesichts der doch weitreichenden Fortschritte im Modus der industriellen Beziehungen modifiziert werden. Drittens ist durch die Beiträge der zweiten Sektion deutlich geworden, dass die Zeitgenossen von den revolutionären Ereignissen in unterschiedlicher Intensität betroffen waren. Viertens wurde ansatzweise die Ambivalenz herausgearbeitet, die die Erinnerungs- und Erfahrungsgeschichte der Revolution im Ruhrgebiet bestimmt hat, kommen doch in den politisch-ideologisch überwölbten Gedenkmustern und auch in der literarischen Verarbeitung der Revolution spezifische Prozesse der Exklusion und Inklusion zum Ausdruck. Fünftens, so ist anzufügen, eröffneten sich im Hinblick auf transnationale Handlungs- und Wirkungsketten vielfältige Fragestellungen für eine transnationale Arbeiterbewegungsgeschichte. Sechstens hat der detailscharfe Blick auf das Ruhrgebiet gezeigt, dass die Industrieregion nicht ganz ohne Grund als ein Hauptort der Revolution gelten kann. Schlussendlich ist zu konstatieren, dass die dargebrachten Ergebnisse und aufgezeigten Forschungsfragen für die Zukunft den Erkenntnisgewinn konturiert haben, der aus der methodischen Pluralisierung der Revolutionsforschung und der besonderen Berücksichtigung kulturgeschichtlicher Zugriffsweisen resultiert. Dass die Beschäftigung mit der deutschen Revolution in besonderem Maße die Diskussion über die historiographische Perspektivierung des deutschen und europäischen 20. Jahrhunderts inspirieren kann, darauf machte Klaus Tenfelde mit dem Verweis auf vorliegende Ansätze aufmerksam [4]. Eine Publikation der Tagungsbeiträge im Zusammenhang mit der Hamburger Tagung ist geplant.

Lennart Lüpke (Bochum)

Kontakt:

Lennart Lüpke

Institut für soziale Bewegungen, Bochum

E-Mail: lennart.luepke@rub.de

Anmerkungen:

[1] Wirsching, Andreas, Die paradoxe Revolution 1918/19, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50-51/2008, S. 6-12. Vgl. Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik, 6. Aufl., München 2002, S. 178.

[2] Die Tagung setzte Debatten fort, die auf der Konferenz Konflikt und Kooperation: Das „Stinnes-Legien-Abkommen“ vom November 1918 als Wendepunkt in den Beziehungen der deutschen Gewerkschaften und Arbeitgeber der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg im November 2008 geführt wurden. Tagungsbericht unter <hsozkult.geschichte.huberlin.de/tagungsberichte/id=2513&sort=datum&order=down&search=konflikt+und+kooperation>.

[3] Der Beitrag von Till Schelz-Brandenburg (Bremen) entfiel krankheitsbedingt.

[4] Vgl. nur Tenfelde, Klaus, 1914 bis 1990 – Einheit der Epoche, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41/1991, S. 3-11.

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2009.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München

Telefon: 089/13 47 29, Fax: 089/13 47 39

E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2009, Nr.052

URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2009/052-09.pdf>